



Unser Arbeitsplan: GRÜN

Rechenschaftsbericht
und Ausblick der
Grünen Landtagsfraktion



Inhaltsverzeichnis

Robert Habeck

Von der Grünen Eigenständigkeit zur Grünen Unabhängigkeit	4
Kommunale Verwaltungsreform	6
Kulturfinanzierung	7
Verkehrspolitik	8

Monika Heinold

Haushaltskonsolidierung in Zeiten der Schuldenbremse	9
Bund-Länder-Kommunen - Einnahmeverbesserungen und Grüne Ausgabeforderungen in Einklang bringen	10

Anke Erdmann

Gemeinsam Schule machen	11
Rückenwind für Kitas	12

Andreas Tietze

Grüne Wirtschaftspolitik	13
Tourismus in Schleswig-Holstein	14

Marlies Fritzen

Umweltrecht/Waldgesetz	15
Jagdpolitik	15
Gewässerschutz	16

Bernd Voß

EU-Fonds „begrünen“	18
Ökologisierung der Flächennutzung	19
Verbraucheroffensive	20

Marret Bohn

Flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung in Schleswig-Holstein	21
Sozialraumplanung	22

Thorsten Fürter

BürgerInnendemokratie	23
Versammlungsfreiheit in Schleswig-Holstein	24

Luise Amtsberg

Integrations- und Flüchtlingspolitik 26
Rechtsextremismus 27

Rasmus Andresen

Demographie als Querschnittsthema 29
Hochschule 30

Ines Strehlau

Norddeutsche Kooperation 31
Übergang Schule-Beruf – vom Dschungel zum System 32

Detlef Matthiessen

Netzausbau, Erdkabel und Speicherung 34
Keine neuen Kohlekraftwerke 35

Robert Habeck

Von der Grünen Eigenständigkeit zur Grünen Unabhängigkeit

Die Verfassungsklage von Grünen und SSW hat die 17. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags verkürzt, wir werden am 6. Mai 2012 einen neuen Landtag wählen. Vor diesem Hintergrund ist der zweite Rechenschaftsbericht der Fraktion in dieser Legislatur kein Blick zurück, sondern steckt das Arbeitsprogramm bis zur Landtagswahl 2012 ab.

2005 gingen wir gebeutelt aus der Koalition mit der SPD im Land wie im Bund heraus. Wir haben aber Lehren aus der Koalitionszeit und dem Wahlkampf 2005 gezogen. Wir brachten sie auf den Nenner „Grüne Eigenständigkeit“. Grüne Eigenständigkeit bedeutet, ein neues Selbstbewusstsein der Partei, eine grundsätzliche Bereitschaft, Koalitionen auch jenseits der gewohnten Lagerdenken zu prüfen, und ein klares Bewusstsein, dass diese strategische Offenheit nur durchgehalten werden kann, wenn wir nicht nach der Macht schießen und prinzipiell die Opposition für eine gleichberechtigte Option politischer Arbeit ansehen. Wir können das so zusammenfassen: Die Grünen müssen regieren wollen, aber nicht in jede x-beliebige Regierung eintreten, nicht um den Preis unserer Inhalte. Der scheinbare Widerspruch wird zu einem tatsächlichen, wenn wir nicht wissen, was wir wollen. Deshalb muss die tägliche Arbeit ihn auflösen, bzw. einlösen. Nur durch die stetige programmatische Arbeit der Partei und die konzeptionelle der Fraktion kann dieser Anspruch eingelöst werden.

Unser Gestaltungsanspruch und unsere Attraktivität rührt auch aus der Verbreiterung unserer Kompetenzen, jenseits unseres Markenkerns, der „Ökologie“. Wir müssen diesen Weg weiter verfolgen, Politikangebote für die ganze Gesellschaft machen und über die konzeptionelle Arbeit den Anspruch auf politische Unabhängigkeit untermauern.

In 2010 hat sich die Grüne Eigenständigkeit zu einer neuen Grünen Unabhängigkeit weiterentwickelt und wir wurden immer mehr zu der politischen Kraft, die einen gesellschaftlichen Führungsanspruch formuliert. Das bemisst sich nicht an Umfragen, sondern an Konzepten. Die gestiegene gesellschaftliche Erwartungshaltung an uns bleibt, ob wir nun bei 12 oder bei 22 Prozent in den Umfragen stehen. Für uns bedeutet sie, mit noch größerem Arbeitsethos ans Werk zu gehen.

Programmatisch sind wir sehr gut aufgestellt. Wir können Kriterien der Nachhaltigkeit für Wirtschafts- oder für Finanzprodukte aufzählen, können demokratische Aspekte für mehr Bürgerbeteiligung fordern oder ein besseres Miteinander von Polizei und DemonstrantInnen. Aber regierungsfähig zu sein, bedeutet in allen Ressorts inhaltlich gut aufgestellt zu sein. Welche Rechtsvorschriften bei der einzelbetrieblichen Förderung müssen wie geändert werden? Wie genau findet die Mittelsteuerung im Sozialbereich statt? Wie genau setzt man eine Verwaltungsreform um? Die Aufgabe der Fraktion wird es sein, diese Frage vor der nächsten Landtagswahl zu beantworten. Erstens, weil es gegen das Grüne Selbstverständnis als Grüne Bürgerpartei geht, den Menschen - und uns selbst - Sand über die Bedingungen der Möglichkeiten in die Augen zu streuen, zweitens, weil diese Hausaufgaben die Voraussetzung dafür sind, einen wirklich ehrgeizigen Politikanspruch zu formulieren.

Die neue Herausforderung, vor der die Grünen stehen, ist die Programmatik in operationalisierbare, durchgerechnete oder mit parlamentarischen Initiativen versehene Konzepte zu verwandeln – und zwar einerseits möglichst ohne Abstriche an weitreichende visionäre Vorstellungen und andererseits mit dem verschärften Blick auf die Möglichkeiten der Umsetzung. Dies beinhaltet sowohl finanzielle Einschränkungen wie rechtliche Rahmenbedingungen.

Ob Umfrageergebnisse zu Wahlergebnissen führen und wie daraus auch im Fall einer Regierungsbeteiligung eine tragfähige Basis wird, liegt einzig und allein an uns. Mehr Menschen als jemals zuvor trauen uns mehr zu. Diesem Anspruch müssen sich die Grünen stellen – und die Landtagsfraktion muss ihn einlösen. Wir werden nicht für Konsens und kleinsten gemeinsamen Nenner gewählt. Wir werden für praktisch umsetzbare Antworten gewählt, die den Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung haben. Diesen Spannungsbogen müssen wir Grüne aushalten.

Die vorliegenden Arbeitskonzepte sind gegliedert nach Ist-Stand, Grünen Zielen (Programmatik) und Grünem Arbeitsplan (Konzepten). Sie wurden im Januar 2011 während einer Fraktionsklausur in Leck besprochen und beschlossen.



Robert Habeck

Kommunale Verwaltungsreform

Ist-Stand und Problem

Nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung hat der Gesetzgeber Zeit bis 2014, eine verfassungskonforme Neuordnung der kommunalen Verwaltung umzusetzen. Nach Interpretation des Innenministeriums muss dabei das entsprechende Gesetz nicht umgesetzt, wohl aber beschlossen sein. Durch die vorgezogene Landtagswahl im Mai 2012 ist absehbar kein Entschluss der regierenden Parteien zu erwarten, der die Verwaltung grundsätzlich vor der Kommunalwahl 2013 verändert - inklusive einer Gebietsreform. Deshalb wird eine nächste Regierung auf eine Beschlussfassung zur kommunalen Verwaltungsreform im ersten Jahr ihrer Legislatur zulaufen.

Grüne Ziele

Das Urteil des Landesverfassungsgerichts gegen die Zusammensetzung der Amtsausschüsse in Schleswig-Holstein ist eine Chance für eine umfassende Neugliederung der kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein. Die bloße Aufstellung von Kompetenz-Katalogen für Ämter oder einzelne Aufgabenrückübertragungen von den Ämtern auf die Gemeinden greifen als Lösungsansätze zu kurz. Wir wollen eine Neuordnung der Verwaltung in Schleswig-Holstein nach dem Grundsatz, dass dort, wo die Aufgaben wahrgenommen werden, auch die demokratische Legitimation stattfinden soll. Wir stemmen uns gegen die Aushöhlung des kommunalen Ehrenamts, dem immer mehr Kompetenzen entzogen werden und das aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen kaum noch Entscheidungsspielräume hat. Wir wollen eine ehrliche Analyse der Aufgaben und ihrer finanziellen Ausgestaltung.

Der Landesparteitag beschloss im Mai 2010, dass innerhalb eines Jahres ein Konzept diskutiert und dann 2011 abgestimmt wird. Er machte dafür folgende Vorgaben:

- Die Selbstverwaltung der Kommunen soll gestärkt werden und aus bisher vier Ebenen (Land, Kreise + kreisfreie Städte, Ämter, Gemeinden) sollen drei werden.
- Gewinne aus der Verwaltungsstrukturreform sollen vollständig bei den Kommunen bleiben, um damit den 120 Millionen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich zu kompensieren und einen Schritt hin zu einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen zu gehen. Damit haben die Kommunen einen erheblichen wirtschaftlichen Anreiz, die Debatte um eine Gebiets- und Verwaltungsstrukturreform selbst wieder zu eröffnen.

Arbeitsplan

Die verschiedenen Modelle wurden auf mehreren Kreismitgliederversammlungen und mit vielen EntscheidungsträgerInnen im Land diskutiert. Dabei zeichnet sich ein sehr heterogenes Bild ab, da Schleswig-Holstein nicht einheitlich strukturiert ist. Mit diesem Parteitag liegt der Partei ein Beschlussantrag vor. Auf dessen Grundlage wird die Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen.

Robert Habeck

Kulturfinanzierung

Ist-Stand und Problem

Wie in anderen Bereichen auch, ist die finanzielle Not in der Kultur groß. Von den Theatern bis zu den soziokulturellen Vereinen, sie alle leiden unter Geldmangel. Der Landesetat für die Kultur umfasst 74,5 Mio. Euro, davon sind 37 Mio. Euro Mittel aus dem Finanzausgleich, also kommunales Geld, dann erhalten die Kirchen aufgrund des Staatsvertrages einen zweistelligen Millionenbetrag. Netto bleiben 19 Mio. Euro für die Kulturförderung übrig. Damit ist Schleswig-Holstein bislang Vorletzter im Konzert der Bundesländer.

Grüne Ziele

Da keine der anderen Parteien Kulturpolitik wirklich systematisch betreibt, haben wir hier die Chance zu einem Alleinstellungsmerkmal. Dies bedeutet aber auch, es nicht allein recht zu machen und die schwierige Frage der Haushaltskonsolidierung mit der Frage der Kulturpolitik zu verbinden.

Arbeitsplan

Verschiedene Kommunen haben eine Kulturförderabgabe eingeführt. Wir haben die rechtlichen Rahmenbedingungen geprüft: Die Abgabe kann nur kommunal erhoben werden, aber der Landesgesetzgeber kann ein Gesetz erlassen, nach dem die Kommunen diese Abgabe erheben müssen. Das schlagen die KulturpolitikerInnen dem Landesparteitag vor, und zwar mit der Maßgabe, eine Abgabe in Höhe von einem Prozent auf den Übernachtungspreis zu erheben. Sollte der Parteitag dies beschließen, werden wir bis zum Herbst ein entsprechendes Gesetz erarbeiten.

Robert Habeck & Andreas Tietze

Verkehrspolitik

Ist-Stand und Problem

Eine zukunftsfähige und ökologische Verkehrspolitik ist notwendig, um eine Klimaschutzpolitik zu verwirklichen. Die Großprojekte des Landes sind hauptsächlich Autobahnprojekte. Diese sind entweder durch Staatsvertrag den Eingriffsmöglichkeiten des Landtags entzogen (Fehmarnbeltquerung) oder im Bau schon weit fortgeschritten (A20). Das Problem besteht darin, dass wir ein Gesamtkonzept mit Handlungsfeldern für die nächste Legislatur brauchen. Die Anforderungen an Mobilität, die Erreichbarkeit von Schulen und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum angesichts des demografischen Wandels, die finanzpolitische Verantwortung für einen effektiven Einsatz von Haushaltsmitteln in Zeiten öffentlicher Verschuldung müssen zusammen mit den Belangen des Klimaschutzes in ein Handlungskonzept übersetzt werden.

Grüne Ziele

Der Verkehr, vor allen Dingen der PKW-Verkehr, verbraucht zirka 25 Prozent der Energie in Deutschland und hat einen Anteil am CO₂-Ausstoß von zirka 18 Prozent. Er ist für uns ein zentrales Handlungsfeld für eine ökologisch modernisierte und verantwortungsvoll mit ihren Ressourcen arbeitende Gesellschaft. Gleichzeitig ist ein gut ausgebautes und allen Menschen Mobilität ermöglichendes Verkehrsnetz Teil der gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft.

Arbeitsplan

Die Landtagsfraktion wird ein umfassendes Verkehrskonzept erarbeiten, das die sensiblen Punkte offen und auf der Grundlage von Fakten aufbereitet. Dieses Konzept soll im Juni mit betroffenen Kreisverbänden und Kreistagsfraktionen sowie mit dem Landesvorstand und dem Parteirat diskutiert werden.

Monika Heinold

Haushaltskonsolidierung in Zeiten der Schuldenbremse

Ist-Stand und Problem

Die Vorgaben der im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Schuldenbremse müssen in Schleswig-Holstein ab 2011 umgesetzt werden. Erfüllen wir die Vorgaben – und sparen Jahr für Jahr weitere 130 Mio. Euro ein – erhalten wir jährlich 80 Mio. Euro an Unterstützung aus einem Bund-Länder-Topf. So soll erreicht werden, dass die Nettoneuverschuldung in zehn Prozent Schritten sinkt und 2020 bei Null ist. Mit dem Doppelhaushalt 2011/12 hat die Landesregierung die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten. Auch wenn wir Grüne einzelne Sparmaßnahmen kritisiert haben, den vorgegebenen Rahmen haben wir akzeptiert.

Nun sind alle Fraktionen aufgefordert, Lösungsvorschläge für die nächsten Jahre zu erarbeiten. Dabei zeichnen sich vor allem folgende Probleme ab: Die Einnahmen reichen nicht aus, um die aus unserer Sicht notwendigen Ausgaben des Landes zu decken. Insbesondere im Bildungsbereich sehen wir - von der Kita bis zur Hochschule - einen erheblichen zusätzlichen Finanzbedarf. Alleine wird Schleswig-Holstein den Weg aus der Schuldenfalle nicht finden. Wir brauchen die Unterstützung des Bundes.

Grüne Ziele

Wir wollen die Schuldenbremse einhalten und befürworten einen Dreiklang aus Einnahmesteigerung, Einsparung und Strukturreformen. Für uns sind nicht bestehende Gebietsgrenzen und Verwaltungszuständigkeiten maßgeblich, sondern Land und Kommunen müssen finanziellen Spielraum für die Daseinsvorsorge haben. Nachhaltige Finanzpolitik ist nicht Sparen um des Sparens willen: die Wiederherstellung des Gleichgewichtes von Einnahmen und Ausgaben dient der Generationengerechtigkeit. Wir fordern, dass die gesellschaftlichen Lasten gerecht verteilt werden. Dazu müssen Steuern erhöht werden und der Bund muss einen Altschuldentilgungsfonds auflegen, der Länder und Kommunen bei der Zahlung von Zins und Tilgung unterstützt.

Arbeitsplan

Als ersten Schritt haben wir im Januar 2011 eine Große Anfrage zur Finanzpolitik des Landes gestellt. Leider hat sich die Landesregierung bei der Beantwortung der Fragen nicht in der Lage gesehen, konkrete Zahlen für weitere Sparmaßnahmen oder Einnahmesteigerungen zu liefern. Dennoch lassen wir nicht locker: Wir fordern, dass Haushaltspolitik zukünftig nicht mehr als Geheimsache betrachtet wird, und dass mit den BürgerInnen frühzeitig über weitere notwendige Maßnahmen diskutiert wird. Dazu haben wir die Internetseite <http://www.mitmachhaushalt.de/> entwickelt. Bis zum 10. Juni können sich alle BürgerInnen über den Landeshaushalt, über die Schuldenbremse und über die unterschiedlichen Vorstellungen der Fraktionen informieren, über Haushaltsvorschläge abstimmen und eigene Vorschläge und Kommentare beisteuern. Wir werden die Ergebnisse auswerten und mit in unsere Haushaltsberatungen einfließen lassen.

Monika Heinold

Bund-Länder-Kommunen - Einnahmeverbesserungen und Grüne Ausgabeforderungen in Einklang bringen

Ist-Stand und Problem

Unser Grünes Programm enthält - im Land wie im Bund – die Forderung, die staatlichen Einnahmen zu erhöhen. Dazu schlagen wir die Einführung einer Vermögensabgabe, eine Erbschaftssteuerreform, eine Reform des Ehegattensplittings und weitere konkrete Maßnahmen vor. Welche Einnahmen sich daraus genau ergeben, wie diese zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden sollen und was davon finanziert werden soll: Diese Fragen müssen wir beantworten und zwischen den Ebenen abgleichen, damit die prognostizierten Mehreinnahmen nicht doppelt verplant werden.

Grüne Ziele

Wir wollen die Einnahmen des Staates erhöhen, um Bildung, soziale Gerechtigkeit, Daseinsvorsorge und Klimaschutz zu finanzieren. Wir wollen Konzepte vorlegen, die gerechnet und umsetzbar sind. Einnahmesteigerungen, Ausgabeforderungen und die Einhaltung der Schuldenbremse müssen in ein Gesamtkonzept gegossen werden.

Arbeitsplan

Wir haben bereits in den letzten Jahren einen Schwerpunkt in der Finanzpolitik gesetzt. Dieses wurde – zumindest Grün intern - auch bundesweit wahrgenommen. Unser Haushaltsstrukturkonzept hat andere Grüne Landtagsfraktionen motiviert, ähnliche Konzepte zu erarbeiten. Inzwischen hat die Bundestagsfraktion eine Bund-Länder-Kommunen-Finanz-Arbeitsgruppe einberufen, die ein zwischen allen Ebenen abgestimmtes Gesamtkonzept für unsere Grüne Haushaltspolitik erarbeiten soll. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat mich in diese AG gewählt. Wir sind also dicht dran am Geschehen.

Anke Erdmann

Gemeinsam Schule machen

Ist-Stand und Problem

Wir haben zu viele SchülerInnen, denen auch mit 15 Jahren noch wichtige Basisfähigkeiten wie Lesen und Rechnen fehlen. Auch variieren die Abitur-Abschlüsse von Kreis zu Kreis erheblich. Wir wollen, dass mehr SchülerInnen höhere Abschlüsse erzielen können und eine echte Chance bekommen.

Die Reformen der letzten Jahre sind in vielen Schulen noch nicht im Ansatz pädagogisch befriedigend umgesetzt. Es gibt viele offene Baustellen: Die individuelle Förderung, Inklusion, Ganztagschulen, Schulsozialarbeit, Unterrichtsausfall – alles Punkte, die es nicht zum Nulltarif geben wird. Zurzeit liegen die Ausgaben für SchülerInnen mit 4.600 Euro pro Jahr um 500 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Der Finanzminister will aber nicht nur alle Lehrerstellen abbauen, die durch sinkende Schülerzahlen rechnerisch eingespart werden können, sondern darüber hinaus 750 Stellen bis 2020 streichen.

Grüne Ziele

Wir wollen einen Paradigmenwechsel: Weg von der Struktur- hin zu einer Qualitätsdebatte. Die Schulen brauchen lebendige Ruhe. Der von uns vorgeschlagene Runde Tisch kann eine Politik des Dialoges einleiten. In Zeiten knapper Kassen und großer Herausforderungen brauchen wir ein Miteinander von Schulen, Landespolitik und Kommunen und kein Gegeneinander. Ein Runder Tisch heißt nicht, dass das Schulgesetz nicht geändert wird. Aber es wird nur geändert, wenn es wirkliche Mehrheiten dafür und durchdachte Änderungen gibt, die Bestand haben werden.

Der realistische Plan: Ein übersichtliches System mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasium, eine faire Übergangsregelung für Regionalschulen und keine abschlussbezogenen Differenzierungen an Gemeinschaftsschulen, ein Fortbildungsprogramm für Lehrkräfte – mit einem Schwerpunkt auf gemeinsamem Lernen, einer Perspektive für Bildung im ländlichen Raum – von den Kitas bis zu Oberstufenkapazitäten. Die Schule muss im Dorf bleiben dürfen. Und: Weiterführende Schulen müssen die Kinder, die sie aufnehmen, auch zum Abschluss führen. Wir Grüne wollen, dass die Mittel, die aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen frei werden, im Bildungssektor bleiben. Wir brauchen Luft im System.

Arbeitsplan

Die demografische Rendite muss im Bildungssystem bleiben. Wir wollen überprüfen, wie viele Stellen für die Grundversorgung fehlen. Bis Ende der Sommerferien soll die Zahlenbasis stehen: auf dieser Grundlage entwickeln wir unseren Plan B – Plan Bildung. Wir wollen nur versprechen, was wir auch halten können. Darum wollen wir vorher rechnen, was konkret drin ist. In den Plan B gehören individuelle Förderung und Chancengerechtigkeit: Ressourcen für individuelle Förderung und Inklusion, Finanzierung von SchulsozialarbeiterInnen und Freien Schulen, eine gezielte Fortbildungsoffensive, eine Oberstufenbedarfsplanung und eine Strategie für kleine Grundschulen. Und wir brauchen eine Sozialstaffel in Sachen Schülerbeförderung.

Dies alles werden wir durch Konzepte hinterlegen, die wir zusammen mit Fachleuten und PraktikerInnen entwickeln und durch Veranstaltungen begleiten. Schulbesuche vor Ort sind eine Möglichkeit, in vielen Gesprächen unsere Ideen an den Mann und die Frau zu bringen.

Rückenwind für Kitas

Ist-Stand und Problem

Wir haben bundesweit die höchsten Elternbeiträge und keine landesweite Sozialstaffel. Die Betreuung der unter Dreijährigen wird zurzeit ausgebaut mit dem Ziel, für 35 Prozent der Kinder eine Betreuung zu gewährleisten. Ab Mitte 2013 besteht aber ein allgemeiner Rechtsanspruch. Die Nachfrage wird regional sehr unterschiedlich ausfallen. Die Kommunen sind in der Pflicht, aber es fehlt eine Steuerung. Viele Kitas klagen über fehlende qualifizierte BewerberInnen. Die Landesregierung legt zwar nach, aber es gibt keine systematische Planung.

Grüne Ziele

Für uns Grüne sind Kitas ein wesentliches Fundament im Bildungssystem. Wir wollen gute Bildung und Betreuung, die allen offen steht und brauchen zuallererst eine landesweite Sozialstaffel.

Kitas müssen zwei großen Herausforderungen begegnen – und die Landesregierung muss den Rahmen setzen. Mehr Qualität: Kitas sind Bildungseinrichtungen, allerdings mit eigenem Profil und nicht als Verlängerung der Schulbank nach vorne. Darum legen wir Wert auf eine gute Fortbildung der Fachkräfte – das ist gerade in Zeiten knapper Kassen ein guter Hebel, um die qualitative Entwicklung voran zu bringen. Darüber hinaus geht es um die Quantität: Wir brauchen tragfähige Strategien, um dem Mangel beim Fachpersonal zu begegnen.

Für längere Betreuungszeiten und den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen brauchen wir eine landesweite Lenkungsgruppe, diese Aufgabe können wir nicht dem Zufall überlassen. Die Beitragsfreiheit und deutlich bessere Betreuungsschlüssel können wir kaum versprechen, aber für den Ausbau der Kinderbetreuung im ländlichen Raum können wir, wie in anderen Bundesländern auch, Mittel aus EU-Strukturförderung verwenden. Die Chance lässt Schleswig-Holstein zurzeit verstreichen.

Wir wollen mehr Bildungsgerechtigkeit in der Kita: Die Landesregierung muss Projekte unterstützen, die Kinder aus bildungsfernen Familien frühzeitig in die Kitas bringen und speziell fördern, z.B. durch Familienzentren, einen besseren Übergang von der Kita in die Grundschule, sprachliche Förderung und Inklusion.

Arbeitsplan

Wir arbeiten zurzeit gemeinsam mit PraktikerInnen an Konzepten zur Ausbildung des sozialpädagogischen Fachpersonals für Kitas. Die Ausbildung von mehr Fachkräften wird Ressourcen in Berufs- und Hochschulen fordern.

Neben weiteren Fachgesprächen zu Einzelfragen, wie z.B. der Sozialstaffel, wollen wir im Herbst einen Grünen Kita-Gipfel mit Beteiligten von Bund, Land, Kreisen, Kommunen, Eltern und Trägern veranstalten. Außerdem werden wir dazu regionale Besuche organisieren.

Andreas Tietze

Grüne Wirtschaftspolitik

Ist-Stand und Problem

Die Entwicklung der letzten Jahre mit der Zuspitzung in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der bedrohliche Klimawandel zwingt uns zu einer Richtungsänderung in der Wirtschaftspolitik. Wir brauchen ökologische Innovationen, eine Effizienzrevolution, die Energie- und Verkehrswende.

Grüne Ziele

Eine Grüne Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein ist den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit, der Schaffung von zukunftsfähigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und internationaler Solidarität verpflichtet. Wir Grünen wollen wir uns programmatisch stärker positionieren und konkrete Vorschläge für eine Grüne und nachhaltige Wirtschaftspolitik für Schleswig-Holstein erarbeiten: den Grünen New Deal für unser Land.

Arbeitsplan

Wie haben einen bundesweit tätigen Forschungsverbund mit der Erstellung eines wissenschaftlichen Gutachtens für ein Grünes Bruttoinlandsprodukt beauftragt. Dabei geht es um:

- Die Analyse der "Grünen" Wirtschaftszweige Schleswig-Holsteins (Grünes BIP) nach Branchen und deren Bewertung nach ökologischen Kriterien. Dies betrifft den Bildungsbereich, die erneuerbaren Energien, die maritime Verbundwirtschaft, den öffentlichen Verkehr, die Gesundheitswirtschaft, den Tourismus sowie die Kultur- und Naturlandschaft.
- Mehr qualitatives Wachstum und die Vermeidung von ökologisch schädlichem Wachstum.
- Die Untersuchung der Wirkungen von Investitionen in Schleswig-Holstein.
- Eckpunkte einer neuen Wachstumspolitik in Schleswig-Holstein, die Ökologie und Ökonomie integriert.

Die Gutachter sollen konkrete Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Wirtschafts- und Wachstumspolitik für Schleswig-Holstein geben. Die Ergebnisse werden wir auf einem ganztägigen Wirtschaftskongress - „Grünes Bruttoinlandsprodukt - der Green New Deal für Schleswig-Holstein“ am 8. Juni 2011 – vorstellen und mit namhaften ExpertInnen diskutieren.

Die Kongressergebnisse werden in einem Reader dokumentiert. Das Gutachten bildet die Grundlage für eine Grüne Wirtschaftskonzeption, die wir in den Kreisverbänden mit VertreterInnen der örtlichen Wirtschaft zur Diskussion stellen.

Andreas Tietze

Tourismus in Schleswig-Holstein

Ist-Stand und Problem

Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Tourismusstandort mit einem Bruttojahresumsatz von 7,5 Mrd. Euro. Zirka 170.000 EinwohnerInnen beziehen ihr Einkommen vollständig aus dem Tourismus. Während der schärfste Konkurrent Mecklenburg-Vorpommern seinen Anteil an den beliebtesten Inlandsreisezielen der Deutschen auf 6,5 Prozent im Jahr 2009 steigern konnte, fiel Schleswig-Holstein auf einen Anteil von 4,1 Prozent zurück.

Grüne Ziele

Wir wollen einen nachhaltigen und klimaverträglichen Tourismus in Schleswig-Holstein, der die Ressourcen unseres Landes schont. Die Menschen kommen, um unser weites, natürliches und vielfältiges Land mit seinen Meeren und Küsten zu entdecken. Wir laden die Menschen ein, kulturelle Schätze und Angebote mit uns zu teilen und zu gestalten. Die Gäste sollen sich hier wohl fühlen und gerne wiederkommen.

Arbeitsplan

Wir werden ein Grünes Leitbild für den (Kultur-) Tourismus in Schleswig-Holstein entwickeln. Die Anreisemöglichkeiten der Gäste mit der Bahn müssen verbessert werden. Im Fahrradtourismus, der für den nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus eine große Rolle spielt, sollen die Fernwanderwege, die Ausschilderung und das Angebot der Bett & Bike-Hotels verbessert werden. Der Städtetourismus in Kiel, Lübeck und Flensburg rückt aufgrund der Zunahme der Kurzreisen mehr in den Mittelpunkt. Hier werden wir uns dafür einsetzen, dass das Angebot erweitert wird.

Marlies Fritzen

Umweltrecht/Waldgesetz

Ist-Stand und Problem

In der Umweltgesetzgebung gab es bereits zur Zeit der Großen Koalition aus CDU und SPD erhebliche Rückschritte gegenüber der rot-grünen Regierungszeit. Das einstmals bundesweit vorbildliche Landesnaturschutzgesetz ist zu einem stumpfen Schwert gegenüber dem anhaltenden Verlust an biologischer Vielfalt geworden. Unter der jetzigen CDU/FDP-Regierung wurden letzte Reste der Naturschutzbastion geschliffen. Schwarz-gelb steuert volle Kraft rückwärts in die Gräben einer ideologischen Schützer-Nutzer-Konfrontation. Landwirtschaftliche Interessen werden bevorzugt bedient.

Die Änderung des Landesnaturschutzgesetzes hat den Ausgleich für naturschädigende Eingriffe unverantwortlich reduziert, Knickschutz ist nur mehr eine Farce, ein Vorkaufsrecht für naturschutzfachlich wertvolle Flächen gibt es nicht. Ähnliches ist für die geplanten Änderungen des Wald-, Jagd- und Wasserrechtes zu befürchten.

Grüne Ziele

Angesichts des fortschreitenden Artenschwundes und des Klimawandels müssen ökologische Standards in der Umweltgesetzgebung wieder heraufgesetzt werden. Soweit dies möglich ist, sollten sie auch in den Vorschriften zur „guten fachlichen Praxis“ in der Forstwirtschaft festgeschrieben werden.

Ein Grünes Waldkonzept muss die verschiedenen Nutzungsansprüche (Holzwirtschaft, Jagd, Erholung, Biodiversität und Artenschutz, Sport, Tourismus, Verkehrssicherung) unterschiedlicher Interessensgruppen zusammenbinden und womöglich miteinander in Einklang bringen. Ein Grünes Konzept muss aber auch den hohen Wert des Waldes für den Natur- und Klimaschutz berücksichtigen. Neben der ökonomischen Nutzung des Wald brauchen wir Nischen für eine möglichst ungestörte und naturnahe Entwicklung.

Arbeitsplan

Parallel zur parlamentarischen Begleitung des anstehenden Verfahrens zum neuen Waldgesetz erarbeiten wir einen Grünen Gegenentwurf für eine naturnahe Waldbewirtschaftung.

Neben Fachgesprächen zur Forstpolitik in Schleswig-Holstein laden wir im Herbst 2011 zu einer öffentlichen Veranstaltung in den Landtag ein, die sich mit den Aspekten „Artenschutz im Wald“ und „Wild im Wald“ auseinandersetzen wird.

Marlies Fritzen

Jagdpolitik

Ist-Stand und Problem

Wildschäden insbesondere durch Verbiss sind auch in Schleswig-Holstein sowohl in den Wäldern als auch durch den wachsenden Wildschweinbestand in der Landwirtschaft ein zunehmendes Problem. Neben gesetzlichem Handlungsbedarf gibt es Umsetzungsprobleme beim

bereits geltenden Recht. Der Landesjagdverband lehnt höhere Abschusspläne zur Reduzierung des Wildbestandes ab. Das Land gibt gleichzeitig Millionen für den Schutz von Neuanpflanzungen aus.

Grüne Ziele

Eine Jagdrechtsreform muss gleichermaßen Belange des Naturschutzes als auch des Tierschutzes berücksichtigen. Verbindliche Abschusspläne und die Ausweitung der Jagdzeiten für Schalswild müssen gesetzlich festgeschrieben werden. Geschützte bzw. bedrohte Tierarten sollen nicht bejagt werden. Die bestehende Jagdzeiten-Verordnung in Schleswig-Holstein ist aus unserer Sicht rechtlich unhaltbar. Fallenjagd sollte verboten werden.

Arbeitsplan

Wir werden Eckpunkte für eine Jagdrechtsreform erarbeiten und dazu Fachgespräche führen.

Marlies Fritzen

Gewässerschutz

Ist-Stand und Problem

Die Bestandsaufnahmen zur Wasserrahmenrichtlinie belegen: in Schleswig-Holstein besteht großer Handlungsbedarf beim Schutz sowohl der Oberflächengewässer als auch des Grundwassers. Mehr als die Hälfte der Grundwasserreservoirs sind gefährdet. Die Erreichung eines guten chemischen Zustandes, wie ihn die Wasserrahmenrichtlinie vorsieht, kann dort voraussichtlich nicht erzielt werden. Dies betrifft vor allem die Geest mit ihren leichten sandigen Böden, die nur eine geringe Filterwirkung haben.

Die chemische Belastung wird hauptsächlich durch die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens verursacht. Wie viel die LandwirtInnen düngen dürfen, ist durch die Düngeverordnung des Bundes geregelt. Der Vollzug der Düngeverordnung liegt aber bei den Ländern - in Schleswig-Holstein beim Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume. Trotz Düngeverordnung kommt es oft zu hohen Nährstoffausträgen in die Gewässer. Dies liegt zum Teil auch an der unzureichenden Kontrolle und laxen Vorgehensweise bei Verstößen.

Oberirdische Fließgewässer werden auch beeinträchtigt durch die Gewässerstruktur. Viele Gewässer sind begradigt und unter dem Gesichtspunkt der Entwässerung landwirtschaftlicher Flächen optimiert worden, dadurch ist ihre ökologische Funktion stark eingeschränkt. Eine Vegetation, die naturnahe Gewässer begleitet, ist oft nicht mehr vorhanden, die Bewirtschaftung erfolgt bis an den Gewässerrand. Zum Schutz der Gewässerränder bietet das Wasserhaushaltsgesetz Möglichkeiten (Gewässerrandstreifen), die in Schleswig-Holstein nicht ausreichend genutzt werden.

Grüne Ziele

Für die erfolgreiche Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sind insbesondere zwei Punkte entscheidend:

1. Die Verminderung der chemischen Belastung, insbesondere des Nährstoffeintrags aus der Landwirtschaft;
2. Die Verbesserung (ökologische Aufwertung) der Gewässerstruktur und der Schutz von Gewässerrandstreifen

Bei beiden Punkten besteht ein großes Konfliktpotenzial zwischen der landwirtschaftlichen Nutzung einerseits und den Anforderungen an einen guten Zustand der Gewässer andererseits.

Die naturnahe Gewässerentwicklung ist nicht allein aus Artenschutzaspekten bedeutsam, sondern auch für den Klimaschutz, da entwässerte hydromorphe Böden (Moore, Anmoore, Gleye) in erheblichem Maße Klimagase freisetzen. Auch in Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel - sowohl Hochwasserschutz als auch Wasserspeicherung in Hinblick auf Sommertrockenheit - hat dies Bedeutung. In vielen Gebieten ist heute die starke Entwässerung für die landwirtschaftliche Nutzung aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr sinnvoll. Die Erhaltung der landwirtschaftlichen Ertragsfähigkeit wird mit großem Aufwand an öffentlichen Mitteln betrieben, während die Produkte wiederum nur aufgrund der Subventionierung überhaupt für die LandwirtInnen gewinnbringend sind. Für diese Gebiete müssen alternative Landnutzungskonzepte entwickelt werden.

Arbeitsplan

Neben rechtlichen Regelungen im Rahmen des Landeswassergesetzes prüfen wir weitere Maßnahmen wie z. B. finanzielle Anreize für einen besseren Uferschutz und naturnahe Gewässerentwicklung.

Die Einhaltung der Düngeverordnung muss stärker kontrolliert werden und die Konzepte für eine naturnahe Gewässerentwicklung müssen weiterentwickelt werden.

Bernd Voß

EU-Fonds „begrünen“

Ist-Stand und Problem

Über die Strukturfonds EFRE (Europäischer Regionalfonds), ELER (ländliche Wirtschaftsentwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) werden auch die regionale Wirtschaftsförderung, Bildungsprojekte und viele weitere Projekte in Schleswig-Holstein gefördert. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum und im Nordseeraum gehört dazu (INTERREG). Ab 2014 steht eine Neuausrichtung der Fonds und eine neue Finanzverteilung an. Leider geht Schleswig-Holstein nicht mit einer deutlichen Zielsetzung in die anstehenden Verhandlungen. Vorrangig scheint die Bewahrung des Status Quo und das spätere optimierte Abgreifen der gegebenen Fördertöpfe zu sein.

Grüne Ziele

Wir wollen, dass bei der Neuausrichtung der Strukturfonds verbindliche Schwerpunkte gesetzt werden, die eine nachhaltige Regionalpolitik fördern. Unser Ziel ist es, die EU-Strukturfonds zu „begrünen“. Es soll sichergestellt werden, dass die Mittel für die Regionalpolitik nicht für Projekte ausgegeben werden, die den Zielsetzungen Klimaschutz, Schutz der Biodiversität und der abiotischen Ressourcen (Boden, Wasser, Klima), Umbau der auf fossilen Rohstoff-beruhenden Ökonomie hin zu einer nachhaltigen Ökonomie zuwiderlaufen.

Wir setzen uns dafür ein, dass kleine Projektträger besonders unterstützt werden. Die Wirksamkeit bei vielen kleinen Projekten in Bezug auf Arbeitsplätze, Wertschöpfung und soziale Gerechtigkeit ist insgesamt höher, als wenn wenige große Prestigeprojekte gefördert werden.

Arbeitsplan

- Neue öffentliche Co-Finanzierungswege erschließen;
- Co-Finanzierungsmodelle zwischen den Ministerien entwickeln (z.B. Bildungsministerium aktiviert mit seinen Landesmitteln ländliche Entwicklungsmittel für Bildungsinfrastruktur);
- Statt Investitionszuschüssen sollen zukünftig nur noch Kredite vergeben werden;
- Mehr Bürgerbeteiligung bei Aktiv Regionen schaffen.

Bernd Voß

Ökologisierung der Flächennutzung

Ist-Stand und Problem

Die Flächen in Schleswig-Holstein werden zunehmend einseitig bewirtschaftet, die Vielfalt der Fruchtfolge nimmt ab. Die Folgen sind: eine ausgeräumte Landschaft, das Verschwinden der Artenvielfalt, die zunehmende Belastung von Boden und Grundwasser. Positive Klimaeffekte werden nicht mobilisiert und Grünland geht verloren. Die Entwicklung wird durch den zunehmenden Maisanbau für die Biogaserzeugung noch verschärft.

Von der EU fließen bisher jährlich zirka 350 Mio. Euro an Direktzahlungen für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft. Diese Mittel werden bisher aber nicht genutzt, um Beschäftigung und Umweltschutz im ländlichen Raum zu entwickeln. Zusätzlich erhält Schleswig-Holstein zirka 60 Mio. Euro von der EU für Maßnahmen im Ökolandbau bis zum Küstenschutz.

Grüne Ziele

Wir Grüne wollen, dass der Anteil an Vorrangflächen für den Naturschutz erhöht wird. Unser Ziel ist es, den Rahmen für die Flächenbewirtschaftung so zu setzen, dass Umwelt- und Tierschutz, erneuerbare Energien und Beschäftigung im ländlichen Raum sichergestellt werden.

Dafür benötigen wir einen wachsenden ökologischen Landbau als Leitbild und eine große Anzahl vielfältiger, nachhaltig wirtschaftender Betriebe. Sie sind die Basis zur Umsetzung einer Zukunftsstrategie in der ländlichen Wirtschaftsentwicklung.

Arbeitsplan

Die Biomassenutzung kann nur auf einer nachhaltigen Landbewirtschaftung und bäuerlichen Tierhaltung beruhen. Ländliche Regionen sollen dadurch gestärkt und nicht geschwächt werden. Bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wollen wir erreichen, dass ein Umsteuern von der Maiserzeugung hin zu Reststoffen erfolgt, dass die Vielfalt in den Fruchtfolgen festgeschrieben wird und dass die Größe der Anlagen der Region und den Betrieben angepasst wird.

Unsere wichtigsten Forderungen bei der Reform der Agrarpolitik ist die Erhaltung bzw. Schaffung von Artenvielfalt durch Kulturen wie Eiweißpflanzen, vielfältige Fruchtfolgen und die Vorrhaltung von fünf bis zehn Prozent der Fläche für Landschaftselemente und artenreiche Flächen. Dazu muss die Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt und das Exportdumping verboten werden. Wir wollen den Ökolandbau sichern. Agrarfabriken in der Tierhaltung sollen auch mit Hilfe einer Reform des Baurechtes verhindert werden.

Bernd Voß

Verbraucheroffensive

Ist-Stand und Problem

Verbraucherschutz umfasst so verschiedene Bereiche wie Lebensmittel, Bedarfsgegenstände (Kinderspielzeug), Pflege und medizinische Dienstleistungen, Ernährung, Schulverpflegung, Finanzdienstleistungen, Insolvenzberatung, unerwünschte Telefonwerbung, Informationsrechte. Die Gesetzgebungskompetenz beim Verbraucherschutz liegt zwar beim Bund bzw. bei der EU, die Länder und die Kreise sind aber für den Vollzug zuständig.

Schleswig-Holstein belegt im bundesweiten Ranking (Verbraucherschutzindex) des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen den letzten Platz. Dies zeigt, dass Verbraucherschutz für die Landesregierung nur eine geringe Bedeutung hat.

Grüne Ziele

Wir wollen die Defizite im Verbraucherschutz beseitigen und der Verbraucherpolitik einen höheren Stellenwert einräumen. Dafür müssen die Arbeit der Verbraucherzentralen gestärkt werden. Bei den Lebensmittelkontrollen wollen wir die Kontrolldichte und die Kontrolltiefe erhöhen. In Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern wollen wir Synergieeffekte bei zunehmenden Anforderungen realisieren.

Transparenz und möglichst klare Kennzeichnungen sind unsere zentralen Anforderungen an einen modernen Verbraucherschutz.

Arbeitsplan

Wir setzen uns ein für Transparenz und einfache Kennzeichnungen, beispielsweise eine Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln. Wir brauchen höhere nationale gesetzliche Standards als die EU es vorgibt. Aktuelles Beispiel dafür sind Kinderspielzeuge. Die Marktbeobachtung und die Verbraucherinformation müssen europaweit vernetzt werden.

Wir wollen, dass sich die Marktpartner an den Kosten des Verbraucherschutzes beteiligen, zum Beispiel durch branchenorientierte Umlagesysteme.

Marret Bohn

Flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung in Schleswig-Holstein

Ist-Stand und Problem

Hausärztemangel und Pflegenotstand sind in aller Munde. Im medizinischen Bereich gibt es lange Wartezeiten und Termenschwierigkeiten, während im pflegerischen Bereich das Ziel einer menschenwürdigen Pflege noch lange nicht erreicht ist.

Aufgrund des demografischen Wandels wird es zunehmend schwierig werden, eine flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung in allen Regionen Schleswig-Holsteins aufrecht zu erhalten. Das gilt besonders für den ländlichen Raum. Die Kommunen werden nicht ausreichend in die Versorgungsplanung mit einbezogen.

Zukünftig wird der Bund nur noch die Rahmenbedingungen steuern (z.B. Finanzen), die konkrete Ausgestaltung der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung wird zunehmend in Länderkompetenz übergehen.

Grüne Ziele

Die Planung der medizinischen und pflegerischen Versorgung muss besser koordiniert werden. Eine gute Qualität der Versorgung steht dabei an erster Stelle. Das Land und die Kommunen müssen gemeinsam mit anderen Akteuren aus Gesundheit und Pflege dem absehbaren Fachkräftebedarf begegnen.

Die Pflegeinfrastruktur in Schleswig-Holstein muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hierzu gehören auch Hospize und palliativmedizinische Angebote.

Die ärztliche Versorgung muss zielgenauer und flexibler gesteuert werden. Aktuelle Bevölkerungsdaten und Facharztgruppen müssen differenziert betrachtet und berücksichtigt werden. Auch wer auf Amrum oder Fehmarn lebt, muss Zugang zu einer guten medizinischen und pflegerischen Betreuung haben. Vor Ort müssen die unterschiedlichen Angebote in der Gesundheitsversorgung aufeinander abgestimmt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Hierfür sind regionale Gesundheitskonferenzen erforderlich.

Wir wollen eine Bürgerversicherung für alle: den Einbezug der hohen Einkommen in den Soliarausgleich und die Ausweitung der Beiträge über das Erwerbseinkommen hinaus auf Mieten und Kapitalerträge. Das schafft mehr Solidarität.

Wir wollen die Patientenrechte stärken.

Arbeitsplan

Auf dem Landesparteitag im Mai 2011 wird ein Antrag eingebracht, der die Grundlagen für ein Grünes Konzept zur Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung beinhaltet. Danach sind regionale Veranstaltungen geplant unter Beteiligung von Kommunen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, Patientenvertretungen, MitarbeiterInnen aller Gesundheits-

und Pflegeberufe. Im Herbst 2011 planen wir eine große gemeinsame Fachkonferenz. Die Ergebnisse der regionalen Veranstaltungen und der Fachkonferenz sollen in das Konzept mit einfließen.

Marret Bohn

Sozialraumplanung

Ist-Stand und Problem

Das soziale Leben spielt sich im direkten Umfeld in den Kommunen ab. Die Kommunen werden zunehmend als „Sozialraum“ gesehen. Vor Ort müssen die Sozialleistungen in ausreichender Qualität und Quantität angeboten werden. Die Finanzlage der Kommunen in Schleswig-Holstein ist jedoch sehr angespannt. Derzeit steigen die Ausgaben von Land und Kommunen im sozialen Bereich aufgrund zunehmender Fallzahlen stetig. Betroffen sind unter anderem die Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und die Kosten der Unterkunft beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV).

Die individuellen Leistungen für die Anspruchsberechtigten stagnieren auf einem nicht auskömmlichen Niveau bzw. werden von Kürzungen bedroht. Anträge werden zunehmend restriktiv bearbeitet und häufiger abgelehnt. Die MitarbeiterInnen in den zuständigen Behörden sind überlastet und können den Anspruchsberechtigten und ihren Anliegen oft nicht gerecht werden.

Grüne Ziele

Wir brauchen intelligente Lösungen, damit der Sozialraum in den Kommunen gestärkt wird. Als Mittel bietet sich die Sozialraumplanung an. Die Leistungen müssen zielgenauer und bedarfsgerechter gewährt werden. Die AntragstellerInnen müssen qualifiziert und individuell beraten werden. Das Hin- und Hergelaufe zwischen drei oder vier unterschiedlichen Behörden muss durch eine niedrigschwellige Kompaktlösung „aus einer Hand“ ersetzt werden. Dort wo es möglich ist, sollen Verwaltungskosten eingespart werden.

Positive Erfahrungen mit dem Modell „Sozialraumbudget“ hat der Kreis Nordfriesland in der Kinder- und Jugendhilfe gemacht.

Arbeitsplan

Die Erfahrungen in Nordfriesland sollen analysiert werden. Dann wollen wir auf einer gemeinsamen Fachkonferenz klären, wie die Sozialraumplanung in Schleswig-Holstein umgesetzt und weiter entwickelt werden kann. Wichtig ist zukünftig eine bessere Abstimmung zwischen Land und Kommunen.

Thorsten Fürter

BürgerInnendemokratie

Ist-Stand und Problem

Die Proteste in Baden-Württemberg gegen Stuttgart 21 sind zum Symbol von vielen BürgerInnen geworden, die sich von den PolitikerInnen nicht mehr vertreten fühlen. Die Forderung nach Basisdemokratie war eine der vier programmatischen Säulen bei der Gründung der Grünen.

Seit wir in letzter Zeit die Erfahrung machen mussten, dass Volksentscheide nicht immer so enden, wie wir Grünen uns das wünschen, sind Zweifel – auch in den eigenen Reihen - laut geworden: In Hamburg wurde die in der Bürgerschaft einstimmig beschlossene Schulreform durch Bürgerentscheid gekippt. In Lübeck haben die Menschen mit großer Mehrheit den Ausbau eines defizitären Flughafens beschlossen.

Zugleich gibt es einen Generalvorwurf in weiten Teilen der Bevölkerung gegen die „Parteiendemokratie“, die die wirklichen Probleme im Land entweder gar nicht erfasse, oder jedenfalls unfähig bzw. unwillig sei, diese zu lösen. Auch wenn diese Kritik zuweilen überspannt wirkt, sollten wir doch hinterfragen, welche eingeübten Verfahrensweisen und Kommunikationsstile der PolitikInnen und der Verwaltung eine solche Stimmung tatsächlich befördern.

Grüne Ziele

Die aufgeworfenen Fragen sind im Rahmen einer grundlegenden Debatte zu klären:

- Was ist aus unserer Forderung nach mehr Basisdemokratie geworden?
- Wie kann eine Verbreiterung der Beteiligungs- und Einspruchsmöglichkeiten in Einklang gebracht werden mit notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, die wir im Zusammenhang mit den Green New Deal für nötig halten?
- Haben wir Grüne uns genügend weiterentwickelt, um auf neue Formen des gesellschaftlichen Partizipationswillens reagieren zu können?
- Wie wird die sich immer mehr digitalisierende Jugend mit ihren modernen Kommunikationsformen eingebunden?
- Wie schaffen wir es, MigrantInnen und sozial Ausgegrenzte besser in den politischen Prozess zu integrieren?

Ziel ist es, die Differenz zwischen den EntscheidungsträgerInnen der repräsentativen Demokratie und der Bevölkerung so weit wie möglich abzubauen. Dazu wollen wir den Begriff der BürgerInnendemokratie für uns reklamieren und zu einem Grünen Leitbild verbreitern, das sich auf alle Politikbereiche erstreckt.

Arbeitsplan

Der Weg in die BürgerInnendemokratie ist auf Regionalkonferenzen im Land in gemeinsamen Veranstaltungen des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und den örtlichen Gliederungen diskutiert worden. Ein weiteres regionales Forum wird im September in Schleswig stattfinden. Die Diskussionen münden in einen Antrag für den Landesparteitag im Mai 2011. Einerseits wird dieser Antrag ein kulturelles Leitbild formulieren, aus dem sich Grundsätze für die Herangehensweise in politischen Konstellationen, etwa der Oppositionsrolle oder der Verantwortungsübernahme in der Regierung ergeben. Andererseits werden wir konkrete legislatorische Maß-

nahmen aufzeigen, wie wir die Entstehung einer „BürgerInnendemokratie“ voranbringen können, sei es im Wahlrecht, bei der klassischen Bürgerbeteiligung oder bei neuen Mitwirkungsprozessen.

Wir sehen es als eine demokratische Notwendigkeit und als Grüne Aufgabe an, die Kluft zwischen den politischen EntscheidungsträgerInnen und der Bevölkerung zu überbrücken. Wir wollen diesen Anspruch auch offensiv im Sinne einer Kampagne vertreten und diejenigen, die über diese Kluft ähnlich unzufrieden sind wie wir, für uns gewinnen.

Thorsten Fürter

Versammlungsfreiheit in Schleswig-Holstein

Ist-Stand und Problem

Seit Inkrafttreten der Föderalismusreform am 1. September 2006 haben die Bundesländer die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht. Hiervon hat Schleswig-Holstein bisher keinen Gebrauch gemacht. Das in Schleswig-Holstein bis heute gültige Versammlungsgesetz des Bundes hat einen klaren Schwerpunkt bei der Formulierung von Sanktionsrechten für die Polizei. Damit ist es nicht mehr zeitgemäß. Schon mehrfach musste es durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts korrigiert werden, die allerdings im Gesetzestext bis heute nicht zum Ausdruck kommen.

Grüne Ziele

Wir setzen auf ein Gegenmodell, das die Freiheit der Versammlung betont und zugleich dafür sorgt, dass Versammlungen friedlich bleiben. Eine Demonstrationskultur ist heute in der Mitte der Bürgergesellschaft angekommen. Die Proteste gegen Stuttgart 21, die unterirdische Kohlendioxid-Einspeicherung und der Bau der Fehmarnbelt-Querung sind Beispiele dafür. Dazu passt ein Versammlungsrecht, das stärker auf das Miteinander von Polizei und Versammlung setzt.

Hauptaufgabe der Polizei soll es sein, die Versammlungsfreiheit zu schützen. Dies soll bereits in die Zielvorgabe eines Gesetzes mit aufgenommen werden. Wesentliche Elemente einer Stärkung dieser Schutzfunktion sind die Neueinfügung eines Kooperationsgebots zwischen VersammlungsveranstalterInnen und der Polizei und der Verpflichtung der Polizei, bei sich abzeichnenden Gefahrenlagen KonfliktmanagerInnen mit einzubinden.

Außerdem soll der Gesetzentwurf die bürgerlichen Freiheitsrechte betonen. So schlagen wir erstmals für ein deutsches Versammlungsgesetz die Einführung von DemonstrationsbeobachterInnen vor. Diese Regelung erlaubt bürgergesellschaftlichen Gruppen die unparteiliche Teilnahme an Demonstrationen. Die Anforderungen an die Zulässigkeit von Bildaufnahmen sollen deutlich erhöht werden. Während nach geltender Rechtslage beispielsweise schon die Gefahr, dass einer DemonstrantIn die Brieftasche gestohlen werden könnte, für die Legitimation von Aufnahmen ausreicht, ist künftig nur bei gewalttätigen Verläufen, Gefahr für Leib oder Leben oder bei Begehung schwererer Straftaten überhaupt eine Aufnahme zulässig. Die Einhaltung

dieser Vorschriften soll durch das Landesdatenschutzzentrum einer jährlichen Revision unterzogen werden. Weitere Änderungen sind notwendig bei:

-> der Parlamentsinformation,

-> der Möglichkeit eines Verbots bei missbräuchlichen Zwecken oder Symbolik,

-> der Herabstufung des Verstoßes gegen das Vermummungsverbot von der Straftat zur Ordnungswidrigkeit.

Arbeitsplan

Eckpunkte einer Initiative zur Versammlungsfreiheit werden gegenwärtig diskutiert mit Verbänden, anderen Fraktionen im Landtag und innerhalb der Partei. Parteiintern sollen Eckpunkte auf dem Parteitag im Mai 2011 beschlossen werden. Im Anschluss wird der Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, im Idealfall gemeinsam mit anderen Fraktionen.

Luise Amtsberg

Integrations- und Flüchtlingspolitik

Ist-Stand und Problem

Deutschland, und damit auch Schleswig-Holstein, ist ein Einwanderungsland. Rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Die Wertschätzung der Vielfalt in Deutschland sowie die Bemühungen um eine weltoffene, gleichberechtigte und tolerante Gesellschaft stehen immer wieder im Schatten populistischer Äußerungen und ungerechten gesetzlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene. Die Debatte um die so genannten „Integrationsverweigerer“ hat diese politische Doppelmoral nur allzu deutlich gemacht.

Kürzungen auf Bundesebene haben dazu geführt, dass sprachkursberechtigte MigrantInnen in Schleswig-Holstein bis zu drei Monate Wartezeit für einen Sprachkurs in Kauf nehmen mussten. MigrantInnen, die zur Verbesserung ihrer Sprache freiwillig einen Kurs besuchen wollen, haben gar keine Chance auf Teilnahme. Auch auf Landesebene wird gekürzt: Im Bereich der Migrationssozialberatungen, die derzeit bereits einen Auslastungsgrad von 147 Prozent haben.

Grüne Ziele

Neben integrationspolitischen Maßnahmen ist das Festhalten an den internationalen Menschenrechten, ein konsequentes Umdenken in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie der engagierte Kampf gegen latenten und offenen Rassismus zentraler Bestandteil unserer Politik.

Arbeitsplan

Bereits 2010 haben wir diverse Migrationssozialberatungsstellen in Schleswig-Holstein bereist. Diese Aktivitäten werden wir fortsetzen. Außerdem arbeiten wir derzeit in Zusammenarbeit mit den BeraterInnen an einer Verbesserung des Controlling-Konzeptes des Landes. Ein umfassendes Integrationskonzept soll in enger Zusammenarbeit mit den Grünen in den Kommunen erstellt werden – nur so ist es möglich, auf die regionalen Unterschiede und Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen zu reagieren.

Das Erlernen der Sprache bildet einen Schwerpunkt. Wir wollen Sprachpatenschaften und selbst organisierte Sprachtrainings in den Kommunen unterstützen. Außerdem werden wir die Möglichkeit der Schaffung von Sprachkursen für geduldete und gestattete Menschen prüfen.

Das Thema „Integration in den Arbeitsmarkt“ werden wir mit einer Veranstaltung aufgreifen. Während Schwarz-Gelb sich ausschließlich auf den Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften konzentriert, ist unser Ansatz umfassender: Wir kritisieren die Arbeitsverbote von Flüchtlingen und Geduldeten und sehen dringenden Handlungsbedarf bei der leichteren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

Wir werden uns für ein kommunales Wahlrecht von Nicht-EU-BürgerInnen einsetzen, denn die vollwertige politische Teilhabe bildet einen Grundpfeiler Grüner Integrationspolitik. Wir werden weiter gegen die unsinnige Regelung zum Optionszwang kämpfen. Interkulturelle Öffnung im öffentlichen Dienst und die Stärkung von Migrantenselbstorganisationen werden wir gezielt aufgreifen.

Die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen liegt uns besonders am Herzen. Im vergangenen Jahr haben wir mit unserem Antrag „Abschaffung der Residenzpflicht“ einen großen Erfolg in der solidarischen Flüchtlingshilfe erzielt. So hat die Landesregierung nun angekündigt, die Residenzpflicht für Gestattete für Schleswig-Holstein aufzuheben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch Geduldete keiner Residenzpflicht mehr unterliegen. In den kommenden Monaten wollen wir uns mit der Unterbringungssituation von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in den Kommunen befassen. Viele Kommunen haben große Schwierigkeiten, ausreichend Wohnraum vorzuhalten – häufig sind die Wohnungen in einem desolaten Zustand. Hier müssen verbindliche Standards erarbeitet werden. Schleswig-Holstein kann an einer geregelten humanitären Flüchtlingsaufnahme mitwirken. Wir werden uns für die Fortführung und den Ausbau des Resettlement-Programms einsetzen.

Luise Amtsberg

Rechtsextremismus

Ist-Stand und Problem

Rassismus und Antisemitismus sind höchst aktuelle gesellschaftliche Probleme. In Schleswig-Holstein bilden Rechtsextreme ein heterogenes Lager: neben den alteingesessenen Kadern der rechten Parteien bilden sich immer mehr aktionistische und autonome Gruppen. Die Übergänge dieser Gruppen verlaufen dabei fließend mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen. Im ländlichen Raum stoßen Neonazis auf weit weniger effizienten Widerstand als in urbanen Regionen, deshalb hat Schleswig-Holstein weiterhin einen Spitzenplatz bei rechter Gewalt in Deutschland.

Neben zahlreichen Übergriffen auf linke Einrichtungen, nimmt auch die Zahl der Gewalttaten immer weiter zu. Im vorletzten Jahr wurde ein Kieler Balletttänzer von Neonazis berufsunfähig geschlagen. Anfang 2011 wurde in Lübeck ein Afghane von „Heil Hitler“-skandierenden Männern niedergestochen. Die jährlich stattfindende Neonazi-Demo in Lübeck zeigt deutlich eine bundesweite rechtsextreme Vernetzung. Der „Kampf um die Straße“ der Faschisten ist gewalttätig. Auch nach diversen Initiativen ist es bisher immer noch nicht gelungen, den Club 88 in Neumünster zu schließen. Dieser ist nach wie vor ein Ort für Konzerte und Liederabende und dient als Anlaufstelle für Neonazis aus der ganzen Republik.

Schwarz-Gelb reagiert darauf im Bund und im Land mit Kürzungen und demokratiehemmenden Maßnahmen, wie der „Extremismusklausel“.

Grüne Ziele

Die Angebote für Opfer rechtsextremer Gewalt müssen aus- bzw. aufgebaut werden. Eine Vermengung aller Extremismusformen ist kontraproduktiv. Auf rechtsextreme Gefahren können wir nur mit gezielten Maßnahmen und einem erweiterten Kenntnisstand über die schleswig-holsteinische Neonaziszene reagieren. Die sogenannte „Extremismusklausel“ lehnen wir ab – sie stigmatisiert demokratische Initiativen und erschwert den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen Rechtsextremismus.

Arbeitsplan

Der Norden braucht ein Konzept. Um auf die Gefahren von Rechts zu reagieren, müssen wir uns ein Bild über bestehende Neonazistrukturen machen und gezielt in einen Dialog mit den BürgerInnen vor Ort treten. Als ersten Schritt wollen wir einen norddeutschen Handlungsplan gegen Rechtsextremismus erstellen. Regelmäßig stattfindende Fachgespräche mit ExpertInnen, BeobachterInnen und Initiativen gegen Rechts sollen uns dabei unterstützen, mehr über die rechtsextremen Strukturen in Schleswig-Holstein zu erfahren. Dabei werden wir mit Informationsveranstaltungen besonders in die Regionen gehen, wo die autonome rechte Szene besonders stark aufgestellt ist, beispielsweise Kiel, Neumünster, Dithmarschen, Lauenburg.

Aber wir stehen auch in der Verantwortung, vernünftige Strukturen aufzubauen: Wir brauchen mehr SozialarbeiterInnen auf der Straße und in den Jugendeinrichtungen. Ein mobiles Opferberatungsteam kann dabei helfen, auch die Menschen in den ländlichen Gebieten zu erreichen. Frauen spielen in der rechtsextremen Szene zunehmend eine größere Rolle. Wir brauchen ein Austeigerprogramm, das sich besonders darauf konzentriert, Frauen einen Weg aus der Neonaziszene aufzuzeigen.

Wir Grünen machen uns fit gegen Neonazis. Immer mehr bemühen sich rechte Parteien und Gruppen, Platz in der Mitte der Gesellschaft zu finden – dabei bedienen sie sich immer häufiger sozialer und ökologischer Themen wie Hartz IV, Kindergeld, Umwelt- und Tierschutz. Diesen Strategien wollen wir mit gezielten regionalen Maßnahmen begegnen. Der Flyer „Argumentieren gegen Stammtischparolen – Wortstark gegen Nazis“ soll ein erster Baustein gegen die „Wortergreifungsstrategie“ der Nazis sein.

Der Kampf gegen Neonazis und Rassismus ist überparteilich und die Aufgabe aller DemokratInnen – wir Grünen werden weiter am Prozess der Vernetzung von Gewerkschaften, Initiativen, Parteien und Kirchen mitarbeiten.

Rasmus Andresen

Demographie als Querschnittsthema

Ist-Stand und Problem

Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft und altert, die Geburtenrate sinkt seit Jahren. Die allgemeine Lebenserwartung steigt und liegt für in diesem Jahr Geborene in den 90ern. Die aktuellen Zuwanderungsströme reichen nicht aus, um den Schrumpfungsprozess der Bevölkerung aufzufangen. Die Entwicklungen haben Auswirkungen auf alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche und erfordern ein konkretes Umsteuern.

Grüne Ziele

Durch eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit sollen die Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels diskutiert und Grüne Antworten gefunden werden. Bevölkerungsentwicklung, öffentliche Daseinsvorsorge, Arbeitsmarkt, Integration/Migration, Familienpolitik, Bildung und veränderte Wohnformen sind einige Stichwörter. Demografie ist ein Querschnittsthema, es betrifft alle Lebensbereiche.

Arbeitsplan

In diesem Jahr werden wir die Kreise bereisen: Auf Vorschlag und zusammen mit Grünen vor Ort werden wir Einrichtungen besuchen, die mit dem Themenfeld demographischer Wandel im weiteren Sinne zu tun haben. Unser besonderes Interesse gilt Modellprojekten. An die Besuchstermine sollen sich Abendveranstaltungen zum Thema „Demographischer Wandel als Herausforderung“ anschließen.

Aus der Reihe von Regionalterminen, einer Großen Anfrage und einer Fachveranstaltung im Herbst 2011 werden konkrete Grüne Projekte für die parlamentarische Arbeit entstehen.

Rasmus Andresen

Hochschule

Ist-Stand und Problem

Schleswig-Holstein bildet zu wenig Studierende aus, hat schlecht ausgestattete Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Der wissenschafts- und hochschulpolitische Ruf unseres Bundeslandes ist katastrophal. Die Debatten um die Hochschulen in Flensburg und Lübeck haben dazu ihr Übriges beigetragen.

Die AkteurInnen an den Hochschulen vermissen AnsprechpartnerInnen in der Politik und fühlen sich oft stiefmütterlich behandelt. In der kommenden Zeit stehen landespolitisch viele zentrale Diskussionen an: Um die Zukunft der Universitäten Flensburg und Lübeck, der Frage nach Studienplatzkapazitäten im Bachelor- und Master-System, der Situation der WissenschaftlerInnen und der Forschung, der Finanzierung und der Zukunft der Zielvereinbarungen und des Hochschulgesetzes.

Grüne Ziele

Unsere Aufgabe ist es, in das hochschul- und wissenschaftspolitische Vakuum zu treten, und mit konstruktiven Konzepten gemeinsam mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen Schleswig-Holstein zum Wissenschaftsland und Studienplatzstandort Nummer 1 zu machen.

Wir wollen unsere Rolle als erste Ansprechpartnerin an den Hochschulen ausbauen und werden praxisnahe Lösungen mit den HochschulakteurInnen erarbeiten. Dabei sind folgende Punkte für uns wichtig: Die soziale Öffnung der Hochschulen, Diversity, Hochschulautonomie und Nachhaltigkeit.

Wir wollen einen offenen Dialog zu Kontroversen führen und danach zu Entscheidungen kommen. Mögliche Kontroversen sind: Die Regionalisierung von Hochschulen, Hochschulautonomie, Finanzierung und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Hochschultypen.

Arbeitsplan

Unter dem Titel „Hochschule möglich“ finden 2011 Veranstaltungen zu zentralen hochschulpolitischen Fragestellungen, wie zum Beispiel am 14.6. in Kiel zur sozialen Öffnung der Hochschulen statt.

Neben öffentlichen Veranstaltungen wird es Fachgespräche mit einer konkreten Fragestellung unter Einbeziehung von ExpertInnen geben. Wir werden eigene Konzepte zu den Hochschulfragestellungen erarbeiten. Die auf dem Landesparteitag verabschiedeten Leitlinien zur Hochschulpolitik werden den Rahmen bilden. Mit Hilfe der Änderungen im Hochschulgesetz, im Hochschulzulassungsgesetz und mit einer Neudefinition der Zielvereinbarungen wollen wir unsere hochschulpolitischen Forderungen umsetzen.

Ines Strehlau

Norddeutsche Kooperation

Ist-Stand und Problem

Im Leben der Menschen verlieren die Landesgrenzen innerhalb Norddeutschlands immer mehr an Bedeutung. Menschlicher, kultureller und beruflicher Austausch zwischen den norddeutschen Bundesländern ist nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel.

Es gibt eine Fülle von Kooperationen zwischen den Ministerien der norddeutschen Länder – die intensivsten mit Hamburg, die meisten im Wirtschaftsbereich, die wenigsten im Bildungsbereich.

Es gibt regelmäßige Treffen der verschiedenen norddeutschen RessortministerInnen und Staatsverträge zu Kooperationen in vielen Bereichen. Diese sind aber der parlamentarischen Kontrolle entzogen, sind abhängig von den handelnden Personen und spiegeln nicht immer den Willen der Bevölkerung wider, das zeigt das Beispiel Gastschulabkommen.

Auch bei Verbänden und Wirtschaft gibt es viele Kooperationen ebenso wie länderübergreifende Strukturen.

In einigen Verwaltungsbereichen sind deutliche Einsparungen durch Kooperationen und Fusionen erzielt worden. Das Statistikamt Nord und Dataport sind nur zwei Beispiele dafür. Auch in Zukunft sind Einsparungen zu generieren, etwa bei der Kooperation des Personalmanagements zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein und der gemeinsamen Behördenrufnummer D115.

Schleswig-Holstein ist zu klein, um in vielen Bereichen im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu sein, ebenso Hamburg. Eine enge Kooperation ist wichtig, um der Region ein größeres Gewicht zu geben und das wirtschaftliche Potenzial auszuschöpfen. Die Landesgrenzen stellen aber dabei teilweise ein Hindernis dar, z.B. aufgrund unterschiedlicher Förderkulissen und Verwaltungsstrukturen.

Es fehlt eine politische Gesamtbetrachtung, wie das Zusammenwachsen der Regionen auch über die Landesgrenze hinweg, der Erhalt und Verbesserung unserer Infrastruktur, die umweltpolitischen, demografischen, klimapolitischen und wirtschaftlichen Anforderungen mit den Bedürfnissen der BürgerInnen und die Umsetzung der Schuldenbremse in Einklang gebracht werden können.

Grüne Ziele

Eine gemeinsame politische Planung in vielen Bereichen, vor allem bei Bildung, Verkehr, Wirtschaft, Energie, Hochschule ist notwendig, um Ressourcen effizient einzusetzen, bestehende Hemmnisse abzubauen und die Rahmenbedingungen den Bedürfnissen der BürgerInnen anzupassen. Dabei stellen wir auch vorhandene Strukturen in Frage und wollen Perspektiven für eine Neuordnung unseres Gemeinwesens entwickeln. Bürgerfreundlichkeit und Bürgerbeteiligung stehen dabei im Zentrum.

Wir beziehen auch den nördlichen Landesteil in das Kooperationskonzept mit ein. Dort spielen sowohl die Zusammenarbeit mit Dänemark als auch die gute Verkehrsanbindung nach Süden eine wichtige Rolle.

Arbeitsplan

In der Enquetekommission norddeutsche Kooperation prüfen wir gemeinsam mit ExpertInnen umfassend die Chancen einer verstärkten norddeutschen Zusammenarbeit.

Kooperationen und Fusionen müssen mit einer Neuordnung des Länderfinanzausgleichs einhergehen. Nach der Abschlussberatung der Enquetekommission sollen die Vorschläge in eine Bundesratsinitiative der Landesregierung, möglichst gemeinsam mit anderen norddeutschen Bundesländern, münden.

Bei Themen, die den Bund nicht berühren, werden wir mit den Grünen Landtags- und Bürgerchaftsfraktionen der benachbarten Bundesländer Konzepte entwickeln. Dazu werden wir die Zusammenarbeit auf Fachpolitikerebene intensivieren und Landtagsinitiativen starten.

Ines Strehlau

Übergang Schule-Beruf – vom Dschungel zum System**Ist-Stand und Problem**

Eine viel zu große Zahl von SchülerInnen - mehr als ein Drittel eines Jahrgangs, darunter eine hohe Zahl von Jugendlichen mit Migrationshintergrund - verlässt die Schule mit einem schlechten oder ohne Schulabschluss. Frustration, Isolation oder soziale Auffälligkeit und die Abhängigkeit von Transferleistungen drohen –Bildungsgerechtigkeit ist noch lange nicht erreicht.

Durch veränderte Anforderungsprofile für Auszubildende und Defizite bei SchulabgängerInnen, egal ob mit oder ohne Abschluss, gibt es Schwierigkeiten bei der Vermittlung in die Ausbildung. Es hat sich in den vergangenen Jahren ein unübersichtlicher Dschungel von unterschiedlichsten vollzeitschulischen und teilzeitschulischen Maßnahmen und Projekten für junge Menschen mit einer Vielfalt von Trägern entwickelt, die diese weiter auf eine anstehende Ausbildung vorbereiten und in eine solche vermitteln sollen.

Die Berufsorientierung ist noch nicht an allen allgemeinbildenden Schulen fest verankert, so dass viele SchülerInnen die Schule verlassen, ohne zu wissen, welchen Beruf sie ergreifen wollen.

TeilnehmerInnen an berufsvorbereitenden Maßnahmen erlangen keine auf die weitere berufliche Bildung anerkannten Qualifikationen. Dadurch werden diese Maßnahmen oft als Warteschleifen und verlorene Zeit empfunden. Bei einigen schulischen Ausbildungsgängen (sozialpädagogische AssistentIn, kaufmännische AssistentIn) erfolgt nur selten eine Anrechnung auf weitere aufbauende Ausbildungsgänge.

Grüne Ziele

Wir wollen die Umwandlung der unterschiedlichen Maßnahmen in ein transparentes, aufeinander abgestimmtes, anerkannt qualifizierendes System der beruflichen Bildung, in dem jeder Mensch das Recht auf einen Ausbildungsplatz und Förderung erhält, um eine Ausbildung erfolgreich zu beenden.

Ziele sind die Umwandlung der verschiedenen berufsvorbereitenden Maßnahmen in schulische oder praktische Qualifizierungen, die auf eine spätere schulische oder duale Ausbildung anerkannt werden. Dazu wollen wir eine verstärkte Kooperationen zwischen Übergangssystem und dualem System, die Bildung von flächendeckenden regionalen Aktionsbündnissen für Bildung und Beschäftigung, eine verstärkte Verzahnung Schule – Wirtschaft, eine verpflichtende Verankerung des Themas Berufsorientierung in den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen ab Jahrgang 7/8, die Unterstützung der Lehrkräfte durch Schulsozialarbeit und eine bessere Förderung der MigrantInnen.

Bereits konkretisierte Ziele sind die Umwandlung der einjährigen Berufsfachschule in ein Berufsqualifizierungsjahr, das auf eine spätere duale Ausbildung anerkannt wird und die Erweiterung der Produktionsschulen zur Förderung der Ausbildungsreife. Diese Qualifizierungen sollen eng mit dem dualen System – das sich in Deutschland grundsätzlich bewährt hat - verzahnt werden.

Arbeitsplan

In den Prozess der Umsteuerung im Bereich des Übergangs von Schule zum Beruf wollen wir alle Akteure einbinden. Bildungs-, Sozial- und Integrationsministerium, Handwerks- und Handelskammern, weiterführende und berufsbildende Schulen, Träger von Maßnahmen (ARGEn, freie Träger), die Gewerkschaften, die Unternehmensverbände, die Betriebe und auch beispielsweise Einrichtungen der Jugendhilfe.

Dazu werden wir die Besuche und Gespräche mit allen Beteiligten fortsetzen, um ein Konzept zu entwickeln, mit dem die oben genannten Ziele umgesetzt werden können.

Detlef Matthiessen

Netzausbau, Erdkabel und Speicherung

Ist-Stand und Problem

Mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein stellt sich die Frage nach der Verstärkung des Stromnetzes. Wir erzeugen mehr Strom aus erneuerbaren Energien als wir in Schleswig-Holstein verbrauchen, deshalb soll der Strom in andere Regionen weitergeleitet werden.

Die Landesregierung startet zusammen mit der Energiewirtschaft eine Netzentwicklungsinitiative mit dem Ziel 380 KV-Leitungen an den Küsten des Landes zu errichten. Der Netzbetreiber hat sich aus Kostengründen gegen die Verlegung von Erdkabeln entschieden und will weiterhin große Freileitungen bauen. Freileitungen stoßen auf Widerstand der betroffenen Bevölkerung, führen zu Verzögerungen und zu Abschaltungen von Windkraftanlagen bei Starkwinden. .

Grüne Ziele

Wir wollen so schnell wie möglich eine Versorgung von Schleswig-Holstein mit 100 Prozent erneuerbarem Strom erreichen. Die AKW Brunsbüttel und Krümmel dürfen nicht wieder ans Netz, die Restlaufzeit von Brokdorf muss vor 2019 enden. Neue Kohlekraftwerke soll es nicht geben. Der in Schleswig-Holstein erzeugte Strom soll im Land verbraucht oder gespeichert und in andere Regionen transportiert werden.

Wir wollen den Netzausbau und die Speicherkapazitäten an den Ausbau der Erneuerbaren anpassen. Zur Netzstabilität sollen Biomassekraftwerke, das Kieler Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk, Blockheizkraftwerke und Stromspeicher beitragen.

Wegen des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein muss das Stromnetz verstärkt werden. Wir wollen den Netzausbau grundsätzlich mit Erdkabeln gestalten, da sie mit geringen Auswirkungen auf Umwelt und Natur verbunden sind.

Arbeitsplan

Wir werden einen Gesetzentwurf für ein Landesgesetz zu Erdkabeln erarbeiten. Eine wissenschaftliche Stellungnahme hat ergeben, dass eine landesrechtliche Anordnung, Hochspannungsleitungen mit einer Nennebene von 110 kV als Erdkabel zu verlegen, unzulässig wäre. Zulässig wäre allerdings eine landesrechtliche Anordnung, Hochspannungsleitungen mit einer Nennebene von mehr als 110 kV grundsätzlich als Erdkabel zu verlegen. Auf Landesebene soll ein Programm zur Förderung von Speicherkapazitäten aufgelegt werden.

Detlef Matthiessen

Keine neuen Kohlekraftwerke

Ist-Stand und Problem

Zurzeit gibt es zwei Großprojekte für neue Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein, beide sollen in Brunsbüttel entstehen. Zwei weitere geplante Projekte, ein Kraftwerksbau in Kiel und ein dritter in Brunsbüttel konnten verhindert werden. Nach dem Moratorium der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der AKW und der vorübergehenden Stilllegung der sieben ältesten AKW werden möglicherweise fallen gelassene Neubaupläne für Kohlekraftwerke neu belebt.

Grüne Ziele

Wir wollen grundsätzlich keinen Neubau von Kohlekraftwerken, aufgrund der CO₂-Belastung und weil dadurch der Ausbau der erneuerbaren Energien erschwert wird.

Arbeitsplan

Wir haben zusammen mit SPD und SSW eine Gesetzesänderung zum Landesentwicklungsgrundsatzgesetz im März 2011 in den Landtag eingebracht. Geändert werden soll Paragraph 11 Absatz (1) Energieversorgung, Wasserwirtschaft und Stoffwirtschaft. Damit könnte der Neubau von reinen Kondensationskraftwerken - wie in Brunsbüttel ohne Wärmeauskopplung geplant - verhindert werden.

Paragraph 11 enthält die Fassung: In allen Teilen des Landes sollen die Bevölkerung und die Wirtschaft mit ausreichenden, sicheren, preiswerten und umweltverträglich erzeugten Energiedienstleistungen versorgt werden. Wir streben an, dass insbesondere einheimische und regenerative Energieträger eingesetzt werden. Bei der Energieversorgung ist auf sparsamen Verbrauch und rationelle Verwendung von Energie hinzuwirken. Ferner sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung zu berücksichtigen.

Durch die Errichtung von Windenergieanlagen an dafür geeigneten Standorten soll der Anteil dieser Energiegewinnungsform weiter erhöht werden. Hierzu soll eine sorgfältig abgewogene, landschafts- und umweltverträgliche Standortplanung aufgebaut werden.

Der Anteil des Energieträgers Kohle an der Stromerzeugung muss verringert werden. Zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und aus Umweltgesichtspunkten sind die Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Nutzung industrieller Abwärme auszuschöpfen.

Die erforderliche Netzverstärkung sowie der notwendige Netzausbau sollen umwelt- und naturverträglich erfolgen. Dabei ist dem Bau von Erdkabeln der Vorzug vor Freileitungen zu geben.

Impressum:

Grüne Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
0431-98815-00
fraktion@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Redaktion: Claudia Jacob
Titel und Satz: Dr. Jörg Nickel